

P R O T O K O L L  
der 299. Sitzung des Grossen Gemeinderates

---

|                             |  |
|-----------------------------|--|
| Datum                       | Dienstag, 18. Oktober 2005   |
| Zeit                        | 19.30 – 20.40 Uhr  |
| Ort                         | Aula der Schulanlage Moos  |
| Anwesend<br>Vorsitz         | Bettler Suter Verena   |
| Mitglieder                  | Aebi Florian, Aeschimann Pia, Beck Jolanda, Beyeler Renate, Brüngger Samuel, Chételat-Dangel Caroline, Gantner Urs, Graham Marina, Grubwinkler Ralf, Grütter Urs, Häusermann Martin, Heer Kathrin, Kästli Peter, Kauth Adrian, Künzi-Egli Barbara, Lehmann Beat, Loosli Marc, Lützelschwab-Sturzenegger Nadia, Manz-Tanner Judith, Meyer Roland, Müller Alois, Müller Franz, Pedinelli Stotz Daniela, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schönenberger-König Daniela, Siegenthaler Urs, Staub Bettina, Stettler Annemarie, Streit Lee, Treier Hannes, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula, Ziberi Johanna |
| Stimmzählerinnen            | Aeschimann Pia, Stettler Annemarie   |
| Vertreter des Gemeinderates | Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident,<br>Cabernard Ursula, Gubler-Geelhaar Patricia, Hanke Thomas,<br>Mangold Kathrin, Stalder Ritschard Barbara, Staub Christian  |
| Sekretärin                  | Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin  |
| Zusätzlich anwesend         | Beat Schmid, Finanzverwalter (Traktandum 2)  |
| Entschuldigt abwesend       | GGR: Bigler Ernst, Cadetg-Hafen Ruth, Friedli Rolf,<br>Mallepell Elisabeth, Schwander Fritz<br><br>Roth Nicole, Gemeindeschreiberin-Stv.   |
| Protokoll                   | Koch Anni, Verwaltungsangestellte  |

---

Geschäfte 6

## Traktanden

|   |  |     |
|---|--|-----|
| 1 | Protokoll der Sitzung vom 20. September 2005   | 89  |
| 2 | Investitions- und Finanzplan 2005 - 2010<br>Genehmigung des Voranschlages, des Gemeindesteueransatzes, der<br>Liegenschaftssteuer, der Feuerwehrpflichtersatzabgabe und der Hundetaxe<br>für das Jahr 2006 | 90  |
| 3 | Tagesschule der Gemeinde Muri bei Bern; Auswertung des Versuchs-<br>betriebs und definitive Einführung; Teilrevision des Reglements  | 97  |
| 4 | Motion Forum-Fraktion betr. Einhaltung der Verkehrsaufgaben in der Über-<br>bauungsordnung Gümligenfeld  | 100 |
| 5 | Postulat Raaflaub (FDP/jf) betr. Rauchverbot auf gemeindeeigenen<br>Sportanlagen und Schularealen  | 100 |
| 6 | Neue parlamentarische Vorstösse  | 102 |

Die Präsidentin eröffnet die 299. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 35 Ratsmitgliedern fest.

## Mitteilungen

Barbara Stalder Ritschard verweist auf den an die Ratsmitglieder verteilten gelben Zettel. Es gehe darum, dass anlässlich der nächsten GGR-Sitzung ein Geschäft betreffend Sanierung der Kindertagesstätte Kunterbunt behandelt werde. Damit sich die Ratsmitglieder ein Bild darüber machen könnten, wie es zurzeit aussehe und was geplant sei, seien Besichtigungstermine angesetzt worden. Damit diese nicht erst im allerletzten Moment zu erfahren seien, erlaube sie sich, die Termine hiermit bekannt zu geben. Die Kita könne - ohne Voranmeldung - am Dienstag, den 8. November 2005 und am Mittwoch, den 9. November 2005, jeweils von 17.00 bis 19.00 Uhr, besichtigt werden. Falls jemand die Kita noch nicht kenne, wäre dies eine gute Gelegenheit. Wichtig sei die Anreise mit dem Velo oder zu Fuss, da die Parkierungsmöglichkeiten beschränkt und die Leute in der Gegend nicht begeistert seien, wenn auf dem Dennigkofenweg oder auf den sonstigen Quartiersträsschen parkiert werde. Sie möchte aber allen eine Besichtigung nahe legen.

## Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

### 1 **Protokoll der Sitzung vom 20. September 2005**

Lee Streit beantragt folgende Berichtigung: S. 76, 4. Zeile: "Mit der Motion wollte das Forum ..." (statt wolle das Forum ...).

## Beschluss

Das Protokoll wird mit dieser Korrektur genehmigt.

## **2 Investitions- und Finanzplan 2005 - 2010 Genehmigung des Voranschlages, des Gemeindesteueransatzes, der Liegen- schaftssteuer, der Feuerwehrpflichtersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2006**

Für die Auskunftserteilung ist Beat Schmid, Finanzverwalter, anwesend.

Barbara Künzi führt aus, an der Sitzung der GPK vom vergangenen Mittwoch seien Gemeindepräsident Hans-Rudolf Saxer und der stellvertretende Finanzverwalter, Jürg Bürki, anwesend gewesen und hätten für Fragen rund um die Botschaft und die dazugehörigen Unterlagen zur Verfügung gestanden. Fragen seien dann allerdings nicht so viele aufgetaucht, vielmehr sei eine Riesendiskussion betreffend Steuern, Steueranlage, Steuererhöhung entstanden. Die GPK habe in ihrer Diskussion die Argumente dafür und dawider gewogen. Im Jahre 2006 hätten wir den Wegfall der Sonderregelung FILAG, was den Haushalt mit einem Mehrbetrag von CHF 950'000.00 belaste. Dies verursache einen eigentlichen Strich - zwar noch nicht durch die Rechnung, die hätten wir dann nächstes Jahr - durchs Budget. Der darin enthaltene Aufwandüberschuss von CHF 1,2 Mio sei aber nach wie vor durch das Eigenkapital in genügender Weise gedeckt. Nicht ausschlaggebend aber gut zu wissen sei, dass die Desinvestition Hargarten, welche noch offen sei - eine sei ja bereits passiert - im Finanzplan 2006 nicht berücksichtigt sei, dies im Gegensatz zum Finanzplan 2005, wo dies der Fall gewesen sei. Das Ergebnis, welches sich durch die Desinvestition ergeben könne, sei noch offen, man hoffe aber, dass es das Rechnungsergebnis verbessern werde und man dürfe dies auch ruhig in diesem Saal kommunizieren. Zum Thema Desinvestitionen sei einmal mehr seitens der GPK darauf hingewiesen worden, dass es nicht darum gehe, das Familiensilber zu veräussern und damit die Rechnung zu verbessern, sondern es gehe darum, dass die Objekte im Finanzvermögen auf ihre Rentabilität überprüft würden und dann der Entscheid gefällt werde, ob sie verkauft werden sollten. Auf der Gegenseite sei allerdings in der GPK auch darauf hingewiesen worden, es sei nicht Aufgabe der Gemeinde, aktive Landpolitik zu betreiben, wie dies ja in Muri-Gümligen auch schon vorgekommen sei. Die GPK sei der Auffassung, dass die Exekutive ihre Aufgabe erfüllt und den Forderungen der GPK und des Parlaments nachgelebt habe. Sie verweise insbesondere auf die zwei letzten Voten der GPK-Sprecher zum gleichen Geschäft in den Jahren 2004 und auch 2003. Man habe zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat mit dem Rotstift durch den Sachaufwand und die priorisierten Investitionen gegangen sei. Es seien Kürzungen beim Sachaufwand von ca. CHF 400'000.00 und beim Investitionsplan von ca. CHF 1 Mio vorgenommen worden. Die GPK könne zu diesem Ergebnis nur gratulieren, letztes und vorletztes Jahr habe dies wesentlich anders ausgesehen. Die GPK sei auch der Auffassung, dass die Vorgaben, wie auf Seite 6 der Botschaft aufgeführt - Eigenkapital nicht unter 3 Steuerzehnteln und maximale Verschuldung von CHF 50 Mio - erfüllt seien. Sie habe zur Kenntnis genommen, dass diese beiden Kriterien auch beim Gemeinderat als sogenannte "harte Vorgaben" gelten würden. In der GPK habe jemand blitzschnell gerechnet und ausgeführt, dass wenn die Gemeindesteuern erhöht würden, eine Deckung des Eigenkapitals von mehr als 3 Steuerzehnteln - und damit Steuern auf Vorrat - entstehen würde. Dies wohlgermerkt nur als kleiner Teil für die Muriger, würden doch von jedem Steuerfranken der Gemeinde 80 Rappen an den Kanton gehen und lediglich 20 Rappen dürfe die Gemeinde ausgeben. Der niedrige Steuerfuss sei durchaus ein Standort-

vorteil für Muri, aber für den Kanton ein grosser Finanzvorteil. Die GPK sei zum Schluss gelangt, dass die Beibehaltung des Steuersatzes von 0.99 im Jahr 2006 vertretbar sei. Allerdings müsse diese Frage - wie dies jedes Jahr postuliert werde - im nächsten Jahr erneut diskutiert werden. Der Finanzplan zeige nicht ein schönes Bild, habe dies aber auch im letzten Jahr nicht getan und der Gemeinderat habe es geschafft, dass es nun im Jahr 2006 nicht so schlecht aussehe. Die Mehrheit der GPK beantrage deshalb dem Parlament, den Beschlüssen des Gemeinderates gemäss Botschaft zuzustimmen.

Als gemeinderätlicher Sprecher führt Hans-Rudolf Saxer aus, die Präsidentin der GPK habe Voranschlag, Finanzplan und Investitionsplan in den wesentlichsten Eckwerten ausgezeichnet dargelegt, weshalb er seine Ausführungen äussert knapp halten könne. Es sei angetönt worden, es hätten relativ harte und unangenehme Randbedingungen bei der Erarbeitung des Voranschlags 2006 bestanden. Namentlich würden die zusätzlichen Aufwendungen von einer knappen Million Franken, welche im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich - Stichwort: teilweiser Wegfall der Sonderfallregelung - zusätzlich entstehen würden, echte Schmerzen verursachen. Setze man dies in Relation zum Aufwandüberschuss von CHF 1,24 Mio in der unterbreiteten Laufenden Rechnung, so bedeute dies, dass es praktisch das gesamte Defizit ausmache. Weiter sei damit zu kämpfen, dass im Voranschlag 2006 nicht mit den Steuererträgen gerechnet werden könne, von welchen in der Rechnung 2004 habe profitiert werden können. Dies sei aber schon damals kommuniziert worden, man habe von ausserordentlich positiven Faktoren profitieren können und man habe schon damals gesehen, dass sich dies in Zukunft nicht ohne Weiteres wiederholen lasse. Die für das Jahr 2006 vorgesehenen Steuererträge würden wie in den Vorjahren auf einer realistischen Grundlage basieren, es werde nicht unnötig pessimistisch budgetiert in der Hoffnung, das Resultat sei dann erfreulicher, sondern es werde versucht, nach bestem Wissen und Gewissen einen Steuerertrag zu budgetieren, mit welchem nach heutigem Wissensstand gerechnet werden dürfe. Selbstverständlich sei dies aber eine ganz schwierige Frage und Garantien könnten nie abgegeben werden in diesem speziellen Fall. Unter diesen relativ pessimistischen, unangenehmen Randbedingungen sei der Gemeinderat der Meinung, dass der Aufwandüberschuss von CHF 1,24 Mio in der Laufenden Rechnung ein gutes Resultat darstelle und ohne weiteres vertretbar sei. Vor diesem Hintergrund werde auch mit dem Antrag an die Ratsmitglieder herantreten, die Steueranlage bei 0.99 zu belassen. Die GPK-Präsidentin habe es bereits erwähnt, damit zu diesem guten Resultat gelangt werden konnte, namentlich auch im Investitionsplan, sei es unabdingbar gewesen, noch einmal mit dem Rotstift vor allem durch den Investitionsplan zu gehen. In diesem Zusammenhang müsse er auch den Kommissionen und Verwaltungsabteilungen einen Kranz winden. Man sei sehr kooperativ zusammen mit dem Finanzverwalter und ihm die geplanten Investitionen nochmals durchgegangen und habe überall dort, wo es zu verantworten sei, ohne dass das Leistungsangebot der Gemeinde im Kern tief tangiert werde, zum Teil Streichungen oder Kürzungen vorgenommen oder zum Teil seien Geschäfte auf Folgejahre verschoben worden. Man könne wohl ohne Übertreibung sagen, der Investitionsplan für das Jahr 2006 habe für die Gemeinde Muri bereits ein wenig historischen Charakter. Die gut CHF 3 Mio seien für Muriger Verhältnisse extrem tief. Aus der Botschaft sei ersichtlich, dass man in den letzten 15 Jahren im Schnitt mehr als CHF 8,5 Mio investiert habe und er habe dies bereits mehrmals gesagt und sage es gerne noch einmal, auch die Gemeinde Muri vermöge es nicht, in dieser Kadenz zu investieren, man sei nun auf einem absolut guten, tiefen Niveau angelangt. Für ihn sei es in diesem Zusammenhang sehr wichtig, dass nicht der Eindruck entstehe, die Gemeinde lasse ihre Infrastruktur "vergammeln", dies sei in keiner Art und Weise der Fall. Zu den Strukturen werde nach wie vor gut geschaut und es müssten absolut keine Bedenken aufkommen, die bestehende Substanz werde auch in Zukunft so unterhalten, wie es sich gehöre.

Was den Finanzplan betreffe - er sei bereits angesprochen worden -, so sehe dieser wie in den Vorjahren nicht so aus, wie dieser als Marschrichtung und als Wunsch seitens des Gemeinderates auszusehen hätte. Es sei aber tatsächlich so, dass gegenüber den früheren Finanzplänen gewisse Verbesserungen hätten erzielt werden können. Nichtsdestotrotz sei klar, dass die theoretische Verschuldung von CHF 65 Mio nicht erzielt werde. Der Gemeinderat sei wie schon im Vorjahr der Meinung, dass die Verschuldung der Gemeinde Muri in einer Grössenordnung von CHF 50 Mio absolut vertretbar sei. Er möchte aber diese Grössenordnung von CHF 50 Mio nicht wesentlich überschreiten, was bedeute, dass der Gemeinderat in seiner Finanzpolitik zwei harte Eckwerte habe: Einerseits die Verschuldung von rund CHF 50 Mio und andererseits ein Eigenkapital, welches mindestens 3 Steuerzehntel betragen solle. Da das Eigenkapital im Moment so dotiert sei, dass das budgetierte Defizit von CHF 1,24 Mio ohne weiteres dem Eigenkapital belastet werden könne, werde auch diese zweite Prämisse der Finanzpolitik vollumfänglich eingehalten. Selbstverständlich werde der Gemeinderat im kommenden Jahr, wie er dies auch jetzt gemacht habe, nach weiteren Einsparungsmöglichkeiten Ausschau halten. Dies sei ein Dauerauftrag für jeden Gemeinderat im Kanton Bern, welcher verantwortlich sei für das Führen des Finanzhaushalts. Er müsse ständig abklären, wo noch Optimierungspotenziale vorhanden seien. Der Gemeinderat von Muri werde dies selbstverständlich tun. Er werde in Kürze auch über ein Instrument für die Bewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen verfügen. In diesem Zusammenhang werde genau überprüft werden müssen, wie die Liegenschaften im Sinne eines gesunden Finanzhaushaltes möglichst optimal zu bewirtschaften seien.

Was die Diskussion über die Steueranlage betreffe, so sei der Gemeinderat der Meinung, für das Jahr 2006 könnten die 0.99 Anlagezehntel so belassen werden. Es entspreche den finanzpolitischen Grundsätzen, keine Steuern auf Vorrat zu erzielen und die Diskussion über die Folgejahre werde im nächsten Herbst erneut geführt. Der Gemeinderat sei grundsätzlich offen für alle Lösungen, es sei aber auch klar, dass Steuererhöhungen nur dann beantragt würden, wenn sie sich als notwendig erweisen würden. Er erlaube sich eine Schlussbemerkung: Die drei Führungsinstrumente Voranschlag, Rechnung und Finanzplan seien auch in diesem Jahr wieder in enger Zusammenarbeit mit der Finanzkommission erarbeitet und diskutiert worden und es könne hier festgehalten werden, dass der Gemeinderat sämtlichen Empfehlungen der Finanzkommission Folge geleistet habe. Dies betreffe namentlich die Kürzungen beim Sachaufwand von CHF 400'000.00 und darüber hinaus namhafte Kürzungen im Investitionsplan, wo der Gemeinderat sogar noch einen Schritt weiter gegangen sei, als von der Finanzkommission empfohlen. Gestützt auf all diese Elemente beantrage der Gemeinderat, den auf Seite 13 der Botschaft formulierten Anträgen zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Martin Häusermann führt namens der Forum-Fraktion aus, der erhaltene Finanzplan zeige eine besorgniserregende finanzielle Entwicklung der Gemeinde auf. Von einem ausgeglichenen Finanzhaushalt könne bei diesen Zahlen keine Rede sein. Zwar habe der Gemeinderat den Ernst der Situation erkannt und Massnahmen ergriffen - so z.B. Kürzungen bei den Investitionen und beim Sachaufwand vorgenommen - oder auch Massnahmen in Aussicht gestellt. Zu erwähnen sei hier die Ankündigung einer zukünftigen Erhöhung der Steueranlage. Es gebühre ihm auch ein Lob für die konsequente Priorisierung der Investitionen und aus Sicht des Forums ebenfalls für den sinnvollen Mitteleinsatz, welcher zum Beispiel auch noch eine Sanierung der Kindertagesstätte zulasse. Ohne Beschaffung neuer Mittel könne aber mittelfristig kein ausgeglichener Finanzhaushalt sichergestellt werden. Ein Blick auf die Finanzkennzahlen genüge:

- Rechnungsergebnisse mit laufend zunehmenden Defiziten. Dies führe zwangsläufig zu einem Selbstfinanzierungsgrad, welcher sehr schlechte Werte aufweise.

- Rasanter Abbau des Eigenkapitals, man könne sagen eine Vernichtung des Eigenkapitals. Ein Eigenkapital, welches notabene auf Auflösung von Rückstellungen aus alten Zeiten basiere.
- Verschuldung, welche in den Folgejahren ständig zunehme und bereits über die neue, erhöhte Limite von CHF 50 Mio ansteigen werde.

Unter diesen Umständen sei es unverständlich, dass dem Parlament nicht ein Varianten-Vorschlag unterbreitet werde. Dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass dies bereits in der Budgetdebatte 2005 von einem Drittel der Parlamentarier gefordert worden sei. Das Forum werde deshalb den Antrag der SP, die Steueranlage auf 1.03 zu erhöhen, unterstützen. Das Forum wolle nicht, dass die Gemeinde in den nächsten Jahren vom „Eingemachten“, man könne auch sagen über den Verhältnissen lebe, oder dass weitere Desinvestitions-Vorhaben vorangetrieben würden. Im Mittel müsse die Laufende Rechnung auch durch laufende Erträge gedeckt sein. Es gehe nicht an, die heutigen Steuerzahler zu bevorzugen und auf Kosten früherer Generationen zu leben.

Zu den einzelnen beantragten Beschlüssen:

*Punkt 1: Investitionsplan 2005-2010*

Die Forum-Fraktion stimme dem vorliegenden Investitionsplan zu. Auch das Forum verstehe diesen als rollende Planung und es seien wohl deshalb nicht alle zu erwartenden Investitionen enthalten. So fehlten z.B. Beträge für Vorhaben, wo bereits Projektierungskredite gesprochen oder vorgesehen seien, hier namentlich zu erwähnen sei die Sanierung des Aarebades. Auch die angekündigten Verkehrsmassnahmen im Entwicklungsschwerpunkt Gümligenfeld seien noch nicht enthalten. Weil die Investitionen bereits auf ein sehr tiefes Niveau zurückgefahren worden seien, sei zu erwarten, dass der Realisierungsgrad tendenziell zunehmen werde. Auch die optimistisch angenommenen 85% dürften überschritten werden. Vermutlich bedeute dies, dass die Investitionen tendenziell eher zunehmen würden.

*Punkt 3: Besoldungsanpassung*

Das Forum sei damit einverstanden.

*Punkt 4: Voranschlag 2006*

Das Forum werde den Antrag der SP unterstützen und ansonsten den Voranschlag ablehnen. Man sei der Meinung, es gehe nicht an, dass die Substanz der Gemeinde laufend ausgehöhlt werde. Nur wenn rechtzeitig Gegensteuer gegeben werde, könne man mittelfristig auch wirksam werden. Vielleicht sei man später einmal froh darüber, wenn noch ein wenig Eigenkapital vorhanden sei, nämlich dann, wenn schlechtere Zeiten kommen würden.

Urs Gantner führt aus, er habe namens der FDP/jf-Fraktion zu drei Punkten etwas auszuführen.

1. Was sei die Hauptaufgabe des Finanzplans? Es sei bereits erwähnt worden, es gehe mittelfristig um einen ausgeglichenen Finanzhaushalt. Wenn das gelbe Blatt "Finanzplan" betrachtet werde, so müsse man einräumen, dass das Bild mittelfristig relativ bedenklich sei. Es sei aber durchaus Positives für das Jahr 2006 ersichtlich und das Zentrale heute sei das Jahr 2006.
2. Was sei positiv? Positiv sei die Drosselung der Investitionstätigkeit, dies sei absolut nötig, um die Finanzen ins Gleichgewicht zu bringen. Positiv sei zweitens die konstante Steueranlage von 0.99, was er nur mit zwei Argumenten begründen wolle. Zum einen glaube er, die Gemeinde wolle eine attraktive Gemeinde bleiben und dazu sei ein tiefer Steuersatz ein wesentliches Element. Zweitens - und das wisse jeder Ökonom - hätten die Ausgaben die Tendenz, den Einnahmen zu folgen. Deshalb erachte er es als sehr verantwortungsvoll, wie der Gemeinderat agiere. Weiter positiv sei die Senkung des Aufwandes gemäss Voranschlag 2006 im Vergleich zu 2005 von knapp CHF 64 Mio im Jahr 2005 auf CHF 60 Mio im Jahr 2006. Die Finanzkennzahlen 2006 seien vertretbar bis in Ordnung, vor allem wenn der Zinsbelastungsanteil und der Kapitaldienstanteil betrachtet würden, welche wirklich gut seien. Es sei auch erwähnt worden und scheine ihm ebenfalls

wichtig, dass Desinvestitionsmöglichkeiten - Stichwort Hargarten - nicht budgetiert seien; zumindest geldflussmässig dürfte daher im Jahr 2006 (eventuell auch im Jahr 2007, er gehe aber von 2006 aus) etwas anfallen und die Rechnung beeinflussen. Aus den Anträgen der Parteien komme auch der Wille des Gemeinderates zu zukünftigen Anstrengungen zum Ausdruck. Wenn das besagte gelbe Blatt betrachtet werde, sei dies sehr nötig, was aber auch erwartet werden dürfe, denn sonst dürfte dem Steuersatz 0.99 nicht zugestimmt werden.

3. Was sei die Haltung der FDP/jf-Fraktion? Sie stimme den Anträgen des Gemeinderates einstimmig zu.

Johanna Ziberi verweist auf den schriftlich vorliegenden Antrag der SP-Fraktion. Als Erstes möchte sie im Namen der SP-Fraktion für die von der Finanzverwaltung und der Finanzkommission geleisteten Vorarbeiten - die eine fundierte Diskussion ermöglichen würden - danken. Die Unterlagen würden die SP jedoch dazu veranlassen, dafür zu plädieren, dass Ziffer 4 des gemeinderätlichen Antrags auf Seite 13 nicht in der beantragten Form angenommen werde. Der Gegenvorschlag sei den Ratsmitgliedern schriftlich unterbreitet worden. Es handle sich um die Erhöhung des Steuersatzes auf 1.03, ausgehend von 0.99. Die Begründung dieses Gegenvorschlages sei logisch. Gemäss Ausführungen des Gemeinderates unter Punkt 11 „Allgemeines“ solle der Finanzplan erstens einen Überblick über die mutmasslichen Entwicklungen geben und zweitens die Aufgabe erfüllen, der Gemeinde einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu sichern.

Als Erstes möchte sie im Namen der SP-Fraktion das Bedauern darüber ausdrücken, dass nur eine Variante der „mutmasslichen Entwicklungen“ vorgelegt worden sei, wie dies bereits das Forum ausgeführt habe, denn es wären doch mehrere Varianten denkbar. Die SP-Fraktion hätte sich auf jeden Fall gewünscht, noch eine weitere Variante oder ein weiteres denkbare Modell des Finanzplans zur Prüfung vorgelegt zu bekommen. Es würden sich z.B. Tendenzen abzeichnen, dass die real ansteigende Umweltbelastung in Gümligen letztlich dazu führen werde, dass die Bevölkerungszahl nicht stagnieren, sondern abnehmen werde. Ein Szenario mit sinkenden Bevölkerungszahlen würde also sicher auch eine interessante Diskussionsbasis ergeben.

Was den Ausgleich des Finanzhaushaltes angehe, der ja durch den Finanzplan gesichert werden sollte, so werde dieser in der hier vorgelegten Variante nicht erreicht. Eine Variante mit ausgeglichenem Finanzhaushalt wäre also schon ein drittes mögliches Modell gewesen.

Es seien also im Wesentlichen nur zwei Punkte, die die SP-Fraktion diskutieren möchte, nämlich

1. dass nur eine Berechnungsvariante vorgelegt worden sei und
2. dass der Finanzhaushalt ausgerechnet in dem vom Gemeinderat vorgelegten Modell nicht ausgeglichen sei.

Mit anderen Worten: Die Variante des Finanzplans, welche heute vorgelegt worden sei, erfülle ihre selbst auferlegte Aufgabe nicht und könne deshalb nicht angenommen werden. Der Gemeinderat widerspreche sich selbst, wenn er in den Schlussfolgerungen auf Seite 6 behaupte, dass er die vier Eckwerte einhalte. Er unterschlage dabei diesen einen Eckwert, der bisher als einer der wichtigsten galt, nämlich den Ausgleich des Finanzhaushaltes. Unter Punkt 18, Seite 6, würden vier Eckwerte definiert, die zur Formulierung der Beschlussanträge beigetragen hätten. Die vier Eckwerte seien das Eigenkapital, die Verschuldung, die flexible Handhabung der Steueranlage und die Steuern auf Vorrat. Als erstes möchte sie einmal mehr auf den zweiten Eckwert hinweisen. Werfe man einen Blick auf den vorgelegten gelben Finanzplan und betrachte den „Schuldbestand verzinslich“, so bedeute dies, dass für diese Schulden auch hohe Zinsen zu bezahlen seien, wie dies der darunter liegenden Zeile zu entnehmen sei. Man möge bitte daran denken, dass da immer noch drei Nullen fehlen würden.

Der zweite Eckwert also, eine Erhöhung der Verschuldungsgrösse, sei erschreckend, dies hätten schon mehrere Leute festgestellt. Vor allem wenn man die Relationen berücksichtige: Um satte 25% werde die Grössenordnung der Verschuldung von früher CHF 40 Mio auf CHF 50 Mio im Jahr 2006 hinaufgesetzt. Eine Grösse, die man sich vor Augen führen müsse. Die SP habe schon vor Jahren auf den drohenden Anstieg der Verschuldung - bedingt durch den FILAG - hingewiesen und auch darauf, dass der Selbstfinanzierungsgrad der Gemeinde zu tief sei. Dies bedeute, unsere Schulden würden immer höher. In nur drei Jahren, also bis 2008, würden wir unter den uns hier vorgeschlagenen Bedingungen schon fast CHF 60 Mio an Schulden haben und in fünf Jahren seien es bereits CHF 65 Mio, dies trotz massiv gedrosselter Investitionen.

Den dritten Eckwert, eine flexible Handhabung der Steueranlage, möchte sie ebenfalls hinterfragen: Wo bleibe die selbst geforderte Flexibilität, wenn trotz ausgewiesenem Bedarf (einem Fehlbetrag von über einer Million Franken) die Steueranlage stecken bleibe? 2005 sei die Steueranlage 0.99 und 2006 solle sie immer noch 0.99 sein? Der Gemeinderat sei also der Auffassung, dass dies einer flexiblen Handhabung der Steueranlage entspreche. Die SP nenne dies eine Fossilisierung und nicht eine Flexibilisierung der Steueranlage.

Der vierte Eckwert, „keine Erhebung von Steuern auf Vorrat“, entspreche auf jeden Fall auch den Vorstellungen der SP-Fraktion. Die Steuerzahlerin werde die Verwendung ihrer Steuern auch in dem von der SP vorgelegten Modell verfolgen können. Die Verwendung entspreche nämlich genau dem vorgelegten Finanz- und Investitionsplan. Durch das von der SP hier vorgeschlagene Modell des Finanzplans würden keine Steuern auf Vorrat erhoben, es werde ausschliesslich ein Ausgleich des Haushaltes garantiert.

Der Vorschlag, den die SP-Fraktion hiermit unterbreite, entspreche zudem der von der FDP bisher vehement vertretenen Forderung nach einem Ausgleich des Finanzhaushaltes. Die SP könne sich deshalb kaum vorstellen, dass die FDP diesen richtigerweise betonten Eckwert, der ja auch bereits vom Parlament anerkannt worden sei, heute nun nicht mehr berücksichtigt haben möchte. Die SP könne sich auch nicht vorstellen, dass dieses Zeichen akuter Vergesslichkeit als „Flexibilisierung der Steueranlage“ interpretiert werden solle. Sollte der Ausgleich mit einem niedrigen Steuersatz erreicht werden können, so könne dies im Zuge der Flexibilisierung jederzeit wieder korrigiert werden. Wie der Gemeinderat auf Seite 6 schon ausführe, sei unter den vorgelegten Erkenntnissen jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, den Steuersatz flexibel anzupassen. Wenn die Gemeinde Muri-Gümligen heute mutig den Stier bei den Hörnern packe, könne sie die notabene selbst gesteckten Ziele im nächsten Jahr bereits erreichen. Der Beschlussantrag der SP-Fraktion umfasse daher nur einen einzigen Punkt, der - wie alle selbst erkennen könnten - nur eine logische Schlussfolgerung der vorliegenden Daten darstelle: Die Erhöhung des Steuersatzes um 0.04 Einheiten.

Urs Grütter führt aus, die SVP-Fraktion stimme den Anträgen des Gemeinderates zu. Sie sei auch gegen eine Steuererhöhung. Er wolle hier anfügen, 4 Steuerhundertstel zu erhöhen, sei "g'apothekerlet", wenn es das brauche, dann brauche es auch nichts. Wenn Hand geboten werde, am Steuersatz zu schrauben, werde vermutlich eher wie früher geschraubt, nämlich um 10 Punkte. Die SVP könne aber bereits jetzt signalisieren, dass sie sich in der kommenden Zeit nicht auf Steuererhöhungsdiskussionen einlassen werde, sondern ganz klar der Meinung sei, man müsse nun eben vermehrt auf der Leistungsseite suchen gehen. Leistungsverzicht, Leistungsabbau, wir seien hier auf einem derart hohen Niveau, dass man nun damit beginnen müsse, sich nach der Decke zu strecken, welcher der Kanton uns langsam abschneide. Die Investitionen könnten nach Meinung der SVP immer noch ein wenig zurückgefahren werden, ohne dass man die Infrastruktur "vergammeln" lassen würde und zu der vom Gemeindepräsidenten angeschnittenen Frage, dass das Engagement Immobilien nochmals überprüft werde, könne er nur sagen, hier sei man wirklich auf dem



richtigen Weg. Mit ihrer Stellungnahme wolle die SVP signalisieren, dass der Weg so sicher richtig sei. Er müsse aber noch mehr in die Richtung gehen, dass man nicht nur sage: "Optimierungspotenzial suchen", sondern effektiv an gewisse Leistungsverzichte und Leistungsabbau herantreten wolle. Neben ihm sitze ein Garagier. Er würde meinen, man müsse nun den Lamborghini aufgeben und nur noch Mercedes fahren, sonst laufe man Gefahr, dass es plötzlich nicht einmal mehr für den Cinquecento reiche.

#### **Detailberatung Investitionsplan 2005 - 2010**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

#### **Detailberatung Voranschlag 2006**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Anwesend sind 35 Ratsmitglieder.

#### Beschluss

1. Der Investitionsplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2005 - 2010 wird genehmigt (32 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen).
2. Vom Finanzplan 2005 - 2010 wird Kenntnis genommen.
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden insgesamt maximal 2 % zur Verfügung gestellt (einstimmig).

#### Abstimmung über Steueranlage:

- Antrag SP-Fraktion (1.03) = 16 Stimmen
- Antrag GR (0.99) = 19 Stimmen

4. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2006 wird mit folgenden Ansätzen genehmigt (19 Ja / 16 Nein):
  - ordentliche Gemeindesteuer im 0.99-fachen Betrag der im Steuergesetz vorgesehenen Einheitsansätze;
  - Liegenschaftssteuer 0,50 ‰ des amtlichen Wertes;
  - Feuerwehropflichtersatzabgabe 3 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 20.00, maximal CHF 400.00;
  - Hundetaxe für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund CHF 100.00.

Die Vorsitzende dankt an dieser Stelle Finanzverwalter Beat Schmid und seinem Team herzlich für die Unterstützung. Sie gehe davon aus, dass er diesen Dank an sein Team weitergebe. Sie wünsche bei den vielen komplizierten, vorliegenden Zahlen alles Gute.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass diese Abstimmung dem fakultativen Referendum unterliege.

### 3 **Tagesschule der Gemeinde Muri bei Bern; Auswertung des Versuchsbetriebs und definitive Einführung; Teilrevision des Reglements**

Florian Aebi dankt namens der GPK allen Beteiligten ganz herzlich für den ausführlichen und informativen Bericht. Die Tagesschule habe sich in der heutigen Form sehr bewährt. Gewisse Anpassungen, so wie sie in diesem Geschäft unterbreitet würden, würden sich in nächster Zeit sicherlich aufdrängen. Die Absichtserklärung sei ja bereits in diesem Bericht enthalten. Die GPK empfehle, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Für die von der zuständigen Gemeinderätin, der Verwaltung, der Kommission für Tagesschule und den Leiterinnen geleistete Arbeit danke die GPK herzlich. Sie hoffe, dass die Tagesschule auch in Zukunft eine Erfolgsgeschichte bleiben werde.

Kathrin Mangold führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, sie könne und wolle nicht verheimlichen, dass sie ein wenig stolz sei, heute dieses Geschäft hier vertreten zu dürfen: Das Geschäft über die definitive Einführung der Tagesschule per 1. August 2006 in der Schulanlage Moos. Die Ratsmitglieder hätten eine informative Botschaft sowie einen umfangreichen - und sie würde meinen einen aussagekräftigen - Auswertungsbericht erhalten. Sie habe diesem im Moment nichts anzufügen, sei aber sehr gerne bereit, Fragen zu beantworten, sollten sich solche stellen.

Sie möchte heute danken und gratulieren. Gratulieren denjenigen, die vor fünf Jahren die Zeichen der Zeit erkannt und eine Tagesschule in unserer Gemeinde initiiert hätten. Danken allen, die vor vier Jahren diesem Anliegen zum Durchbruch verholfen hätten. Gratulieren der Spezialkommission, welche ein qualitativ hoch stehendes Angebot ausgearbeitet und den Versuchsbetrieb vor gut drei Jahren gestartet habe. Danken allen, welche das Angebot umsetzen würden; allen voran den beiden Leiterinnen - Frau Etter und Frau Tröhler, welche anwesend seien -, aber auch dem ganzen Betreuungsteam, welches mit viel Engagement und Herzblut in der Tagesschule arbeiten und damit für die hohe Zufriedenheit und das gute Ergebnis sorgen würde. Den Parlamentarierinnen und den Parlamentariern, welche heute in diesem Kapitel das letzte Wort hätten, empfehle sie, den Anträgen des Gemeinderates zu folgen und die Tagesschule im Moos auf unbestimmte Zeit einzuführen. Sie sei überzeugt, dass man mit diesem Angebot auf dem richtigen Weg sei. Dies sei im wahrsten Sinn des Wortes Investition in die Zukunft und sofern der Modeausdruck "Nachhaltigkeit" für einmal am richtigen Ort sei, dann hier.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die FDP/jf-Fraktion freue sich sehr, dass die Tagesschule im Schulhaus Moos per 01.08.2006 definitiv eingeführt werden solle, erklärt Caroline Chételat. Sie freue sich umso mehr, als diese aus einer Motion der FDP-Fraktion aus dem Jahr 2000 hervorgegangen sei. 35 von 2500 Gemeinden in der deutschen und französischen Schweiz würden eine Tagesschule anbieten, eine davon sei Muri-Gümligen. Das freisinnig-liberale Denken umfasse die Gleichberechtigung von allen Menschen, mit gleichen Voraussetzungen für die Verwirklichung ihrer Lebenspläne. Kinderbetreuungsstrukturen würden die Vereinbarkeit von Familienleben und beruflicher Tätigkeit für beide Elternteile ermöglichen und somit für Chancengleichheit von Frau und Mann sorgen. Heute müssten viele Kinder Betreuungsdefizite in Kauf nehmen. Die sozialen und pädagogischen Folgen seien nicht unproblematisch. Eine geregelte Kinderbetreuung vor und nach der Schule sowie über Mittag ermögliche es der Schule, sich wieder auf ihre Kernaufgabe zu konzentrieren. Auch der Wirtschaftsstandort Schweiz - um ein bisschen globaler zu denken und zu welchem wir zweifellos auch gehören würden - habe ein Interesse daran, das Potenzial von unseren gut ausgebildeten Frauen zu nutzen und nicht brach liegen zu lassen. Dies seien die wichtigsten Argumente, um die Tagesschule definitiv in unserer Gemeinde einzuführen. Im Weiteren habe das bisherige Tagesschulprojekt das ambitionöse Ziel eines Kostendeckungs-

grades von 40% erreicht und werde mit steigender Nachfrage verbessert werden können. Die Änderung des Reglementes nach kantonalen Vorgaben erhöhe die Betreuungszeit leicht und werde durch die Senkung der Kosten für einkommensstärkere Eltern die Attraktivität der Tagesschule noch steigern. Aufgrund einer Einschätzung von kantonalen Arbeitsgruppen werde der Bedarf an Betreuungsplätzen in den nächsten 10 Jahren ganz klar steigen. Der Gemeinderat sei daran, einen zweiten Standort ab 2007 für die Tagesschule im Gemeindeteil von Muri zu prüfen. Mit diesem zweiten Standort könnte nicht nur die steigende Nachfrage nach Betreuungsplätzen abgedeckt werden, sondern auch den Kindern aus diesem Einzugsgebiet die Chance auf einen Besuch der Tagesschule gegeben werden. Ein weiteres Ziel sollte sein, den Kostendeckungsgrad noch weiter zu steigern. Dies könnte mit der konsequenten Einführung der Blockzeiten an unseren Schulen und Kindergärten geschehen. Dadurch würden Betreuungszeiten reduziert und Kosten gespart. Überdenkenswert seien auch die hohen Ansprüche an Betreuung und Verpflegung in der Tagesschule. Dazu wolle sie Frau Regine Aeppli, Bildungsdirektorin im Kanton Zürich, zitieren: "In vielen Ländern, in denen Tagesschulen gang und gäbe sind, wird für die Betreuung der Kinder nicht ausschliesslich hoch qualifiziertes Personal eingesetzt. Wir machen es uns in der Schweiz mit unseren hohen Ansprüchen oft viel zu schwer." Dies gelte auch für die Verpflegung der Kinder. Anstelle eines mehrgängigen Menüs, welches von auswärts geliefert werde, würden manchmal auch eine warme Suppe und ein Apfel ausreichen, welche zu einem mitgebrachten Sandwich gegessen würden. Das grosse gemeinsame Familienessen finde mittlerweile ohnehin je länger je weniger am Mittag, sondern am Abend statt. Für die Entwicklung einer Gemeinde wie Muri als Wohn- und Arbeitsort sei es unter anderem ebenfalls sehr wichtig, dass Kindertagesbetreuungseinrichtungen und gute Schulen für alle angeboten würden.

Zum Schluss möchte sie den beiden Leiterinnen, Frau Etter und Frau Tröhler, für ihren fachkundigen und grossen Einsatz zu Gunsten der Tagesschule ganz herzlich danken. Sie seien mit Recht stolz auf ihre Tagesschule. Der Dank gelte auch der nichtständigen Kommission Tagesschule / Mittagstisch für deren umfassenden Auswertungsbericht über den Versuchsbetrieb.

In diesem Sinne stimme die FDP/jf-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Daniela Schönenberger erklärt, nachdem sich das Forum manche Jahre lang für die Einführung einer Tagesschule in unserer Gemeinde eingesetzt habe, verstehe es sich von selbst, dass die Forum-Fraktion mit grosser Genugtuung vom vorliegenden Bericht Kenntnis genommen habe und sämtliche Anträge des Gemeinderates einstimmig unterstützen werde. Die familienexterne Betreuung sei ein Bedürfnis, wie hier sehr ausführlich aufgezeigt werde. Die ständig steigende Zahl von Eltern und Kindern, die vom Tagesschulangebot profitieren könnten und wollten, würde allen Recht geben, welche dieser Institution strukturell und finanziell auf die Beine geholfen hätten. Das positive Gesicht aber und das Vertrauen, welches die Eltern in diese Tagesschule haben könnten, das verdanke man den Leiterinnen und ihrem Team. Deshalb gehe der grosse Dank der Forum-Fraktion an Annerös Tröhler und Dorothee Etter, welche es von Anfang verstanden hätten, den Kindern in der Tagesschule in einer angenehmen Atmosphäre, in liebevoll gestalteten Räumen und mit viel Aufmerksamkeit das Umfeld zu bieten, in welchem sich schaffen, spielen, Zeit verbringen lasse, ein Ort einfach, wo es einem wohl sei und an welchen die Kinder gerne hingehen würden. Mit Zuversicht habe das Forum ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat einen zweiten Standort in Muri prüfen werde. Der Weg von Muri ins Moos sei für viele Kinder nicht einfach zu bewältigen und habe verschiedene Eltern zu einer individuellen Betreuungslösung bewogen. Wenn beobachtet werde, wie die Kinderzahlen im Horbernschulhaus in den letzten Jahren wieder zugenommen hätten, so liege hier sicher das Potenzial für ein weiteres Angebot. Auch die Einführung von Ferieninseln, einem Betreuungsangebot während der Schulferien,

entspreche klar einem Bedürfnis von berufstätigen Eltern, wie die Tagesschulleiterinnen in ihrem Bericht ausgeführt hätten. Ein Anliegen, welches durch das Forum anerkannt und unterstützt werde. Die Forum-Fraktion verdanke diesen informativen und ausführlichen Auswertungsbericht. Er gewähre Einblick in den Alltag der Tagesschule, mache aufmerksam auf veränderte Tarifstrukturen, zeige Punkte auf, welche verbessert werden müssten - sie denke da auch an die Verpflegungssituation - und weise eindeutig nach, dass eine Tagesschule in unserer Gemeinde eine Notwendigkeit darstelle und deren definitive Einführung einen Schritt auf dem Weg zu einem zeitgemässen, familienergänzenden Betreuungsangebot darstelle.

Francesca Ruta bedankt sich im Namen der SP-Fraktion als Erstes für den ausführlichen Auswertungsbericht. Sie denke, er stelle ein unerlässliches Dokument dar, um weitere Beschlüsse fundiert abwägen und treffen zu können. Sehr gerührt habe sie der Bericht der beiden Leiterinnen. Daraus sei ersichtlich, wie wichtig ihnen nicht nur die Kinder, sondern auch deren soziale Entwicklung in unserer Gesellschaft sei. Die aufgeführten Kritiken und Anregungen würden von einer Auseinandersetzung mit den Anliegen sowohl der Kinder wie auch der Eltern zeugen. Die SP-Fraktion habe schon immer erkannt, wie wichtig eine Tagesschule sei und sich in unserer Gemeinde, seit das Thema von dieser vor nunmehr ca. 15 Jahren auf den Tisch gekommen sei, dafür eingesetzt. Es sei also schon unendlich viel Positives über diese Tagesschule gesagt worden. Sie wolle jetzt nur ein kleines positives Wort über GUTE Tagesschulen verlieren, da man ja nun mit einer solchen zu tun habe. Eine gut geführte Tagesschule diene nicht nur den Kindern und den Eltern im Einzelnen. Sie sei überzeugt davon, dass die betroffene Familie im Ganzen positiv beeinflusst werde. Ein Elternteil, der versichert sei, dass sein Kind gut aufgehoben sei und sich wohl fühle, werde sich auf jeden Fall weitaus besser mit seiner Arbeit auseinandersetzen können, als wenn Ersteres nicht der Fall wäre. Werde der gemeinsame Abend nicht umso schöner sein, wenn die Eltern nach einem befriedigenden Arbeitstag sich vollumfänglich ihrem Kind zuwenden könnten, welches seinerseits einen schönen Tag gehabt habe? Ausserdem dürfe nicht vergessen werden, welche Erfahrungen arbeitstätige Eltern ihren Kindern weitermitteln könnten. Die SP-Fraktion erachte die in der Revision aufgeführten Änderungen als sinnvoll, begrüsse die definitive Einführung der Tagesschule und bedanke sich hiermit nochmals herzlichst bei jeder einzelnen Person, welche während all dieser Zeit zu diesem Erfolg etwas beigetragen habe.

#### **Detailberatung Revision des Reglements über die Tagesschule**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

#### **Beschluss (einstimmig)**

1. Der Auswertungsbericht über den Versuchsbetrieb Tagesschule Muri-Gümligen 2002 - 2005 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Tagesschule im Schulhaus Moos wird per 1. August 2006 definitiv (auf unbestimmte Zeit) eingeführt.
3. Die Änderungen im Reglement über die Tagesschule der Gemeinde Muri bei Bern werden erlassen.
4. Die Änderungen gemäss Ziffer 3 werden per 1. August 2006 in Kraft gesetzt.

#### **4 Motion Forum-Fraktion betr. Einhaltung der Verkehrsaufgaben in der Überbauungsordnung Gümligenfeld**

Der Gemeinderat beantragt die Überweisung des Vorstosses.

Ursula Cabernard bestätigt, dass der Gemeinderat die Überweisung der Motion beantrage. Es sei eigentlich nicht üblich, dass bei Annahme einer Motion bzw. wenn der Gemeinderat beantrage, eine Motion zu überweisen, er dazu ein dreiseitiges Papier liefere und die Annahme begründe. Man habe aber die Gelegenheit wahrgenommen, die gestellten Fragen zu beantworten und es gehe hier ganz klar um die Bedeutung der aktuellen Information. Gewisse Fragen könnten natürlich nicht abschliessend beantwortet werden, die Entwicklung sei zu beobachten, und aus diesem Grund werde die Überweisung der Motion beantragt.

Namens der Forum-Fraktion bedankt sich Martin Häusermann in zweierlei Hinsicht beim Gemeinderat: Erstens dafür, dass er Arbeiten eingeleitet und Massnahmen ausgearbeitet habe sowie in der Erstantwort auch auf die Fragen eingegangen sei. Zweitens dafür, dass der Gemeinderat Antrag auf Überweisung gestellt habe und damit auch den Willen für künftige Information in dieser Sache zeige. Um sich kurz zu fassen wolle er an dieser Stelle nur an den zuständigen Ressortchef Bau zuhänden der Baukommission folgenden Appell richten: Offenbar werde die Verbindlichkeit eines Fahrtenkontingents angezweifelt, weil ein solches in der Überbauungsordnung nicht explizit festgehalten sei. Es sei aber unbestritten, dass die Luftreinhalteverordnung und weitere behördenverbindliche Vorgaben - z.B. der Richtplan Verkehr des VRB - eingehalten werden müssten. Aus diesen übergeordneten Dokumenten könne (und dies hätten ja KUS und KIGA auch getan) das Fahrtenkontingent nach den üblichen Methoden berechnet werden. Das Forum sei deshalb der Meinung, dass die anstehende Baubewilligung Zschokke nur mit einer Auflage bezüglich einem Fahrtenkontingent, welches sich anteilmässig aus dem Gesamtkontingent der ca. 2'500 Fahrzeuge pro Tag berechnen würde, sowie festgelegten Sanktionen bei Überschreitung, erteilt werden dürfe. Inzwischen sei allen bekannt, dass für Fachmärkte mit Publikumsverkehr die in der Überbauungsordnung festgehaltene Parkplatzbegrenzung nicht genüge, um das zulässige Verkehrsaufkommen begrenzen zu können. Das Forum sei der Meinung, dass ein solches Vorgehen auf rechtlichen Grundlagen basiere und erst noch zu einem Klima der Entspannung in Sachen Gümligenfeld beitrage. Noch sei es nämlich nicht zu spät und es könnten erst noch gemachte Versäumnisse bei der Umweltverträglichkeitsprüfung behoben werden.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Die Motion Forum-Fraktion betr. Einhaltung der Verkehrsaufgaben in der Überbauungsordnung Gümligenfeld wird überwiesen.

#### **5 Postulat Raaflaub (FDP/jf) betr. Rauchverbot auf gemeindeeigenen Sportanlagen und Schularealen**

Der Gemeinderat beantragt die Überweisung und die gleichzeitige Abschreibung des Vorstosses.

Das Wort wird von der gemeinderätlichen Sprecherin, Patricia Gubler, nicht verlangt.

Ruth Raaflaub führt aus, sie wolle ein paar Ausführungen zum Vorstoss anbringen und anschliessend eine Frage an die zuständige Gemeinderätin richten. Vorab danke

sie dem Gemeinderat für dessen Antwort zum Postulat. Trotz anfänglicher Skepsis in Italien habe die Bevölkerung gemäss einer Umfrage des ZDF zufrieden auf das Rauchverbot in den Restaurants reagiert. Dasselbe werde mit Sicherheit auch in Spanien der Fall sein, wo ab Januar 2006 ebenfalls ein Rauchverbot in den Restaurants herrschen werde. In seiner Stellungnahme beziehe sich der Gemeinderat auf den Kanton resp. auf den Bund, welche handeln sollten. Auf kantonaler Ebene sei es mit Stichtentscheid des Grossratspräsidenten verpasst worden, ein Rauchverbot in den Restaurants des Kantons Bern einzuführen. Auf nationaler Ebene bestehe zwar ein Vorstoss des Präventivmediziners und FDP-Nationalrates Felix Gutzwiller, zeitlich gehe es aber bis zu einer Entscheidung und bis zur Umsetzung auf Bundesebene viel zu lang. Deshalb müsse auf Gemeindeebene die Chance, in dieser wichtigen Frage etwas zu bewegen, gepackt und eine Vorreiterrolle gespielt werden. Man dürfe nicht zuwarten, bis die andern nichts gemacht hätten. Die Gemeindepolitik sei für sie deshalb interessant, weil gehandelt und nicht nur über etwas gesprochen werde. Wenn nur ein paar Jugendliche wegen eines Rauchverbots auf Schul- und Sportanlagen weniger rauchen oder erst gar nicht damit beginnen würden, so sei präventiv mehr erreicht worden als dort, wo stets nur über Prävention gesprochen werde. Dass man "sollte" und "würde" wüsste jeder, wenn man "könnte". Wie restriktiv ein Verbot umgesetzt werde, liege im Ermessen des Verbotnehmers. Sie könne sich aber auch vorstellen, dass mit gut gestalteten Hinweistafeln auf Sportanlagen präventiv gegen das Rauchen und Kiffen etwas erreicht werden könnte. Um die Sensibilisierung noch zu verbessern, könnten solche Tafeln mit freiwilligen Schülerinnen und Schülern gestaltet werden - sie könnte falls nötig auch "Gymeler" zur Verfügung stellen. Auf jeden Fall könne sie sich nicht vorstellen, dass ihre Ratskolleginnen und Ratskollegen sich einfach so mit einer Abschreibung des Postulats einverstanden erklären könnten, ohne dass hier irgendwelche Umsetzungen zugesichert würden.

Sie wolle nun noch eine Frage an die zuständige Gemeinderätin, Patricia Gubler, richten: Der Gemeinderat begrüsse in seiner Stellungnahme ein Rauchverbot auf Schularealen während des Unterrichts grundsätzlich für alle. Wann würden die Massnahmen umgesetzt? Im Moment gelte nämlich nur für die Schülerinnen und Schüler ein Rauchverbot, also habe der Gemeinderat Handlungsbedarf. Sie sei der Meinung, wenn überhaupt dürfe dieses Postulat nur abgeschrieben werden mit der entsprechenden verbindlichen Zusage des Gemeinderates im Punkt "Rauchverbot für alle auf Schulanlagen während der Unterrichtszeit".

Sie könne diese Frage folgendermassen beantworten, führt Patricia Gubler aus: Der Gemeinderat erachte es als sinnvoll, wenn das Rauchverbot für Erwachsene auf den Schularealen während der Unterrichtszeiten auf das kommende Jahr in Kraft gesetzt werde. Der Gemeinderat müsse natürlich noch mit der Schulkommission zusammen überlegen, wie dieses Rauchverbot umgesetzt werden solle, ob in Form von Hinweisen, welche aufgelegt und so der Lehrerschaft und sämtlichen erwachsenen Personen, welche sich dort aufhalten würden, mitgeteilt werden könnten.

Ruth Raaflaub erklärt sich mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Das Postulat Raaflaub (FDP/jf) betr. Rauchverbot auf gemeindeeigenen Sportanlagen und Schularealen wird überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

## 6 Neue parlamentarische Vorstösse

Es werden keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

\*\*\*\*\*

Auf die Frage der Vorsitzenden werden keine Einwände gegen das Verfahren erhoben.

Die Vorsitzende verweist auf die Veranstaltung vom Samstag, 5. November 2005, an welcher die Mitglieder des Gemeinderates und des Grossen Gemeinderates im Jahr des Sports sportlich aktiv seien. Im Übrigen seien alle - wie eingangs von Barbara Stalder Ritschard erwähnt - herzlich eingeladen, am 8. oder am 9. November 2005 die Kindertagesstätte zu besuchen.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

V. Bettler Suter

A. Koch